



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/155 - 15. Juli 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470

Fernsprecher 24834 - 33

Fernschreiber 0896890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Gedanken zum 20. Juli Von Prof.Dr. Carlo Schmid	89
3 - 4	Genf auf der Suche nach Kompromissen Günter Markscheffel berichtet aus Genf	89
5 - 5a	6. Konferenz der Sozialistischen Internationale "Die einzige große internationale Freiheitsbewegung in der Welt"	61
6	<u>Unser politisches Portrait:</u> Carlo Schmid - Politiker mit universeller Bildung	45

* * *
* * *

Gedanken zum 20. Juli

Von Prof. Dr. Carlo Schmid

Jedes Jahr beginnt vor dem 20. Juli in Deutschland erneut die Diskussion darüber, ob die Frauen und Männer, die im Kriege gegen das Regiment Hitlers aufgestanden sind und die, um Deutschland und die Welt von der Herrschaft des Unmenschen zu befreien, nicht davor zurückgeschreckt haben, zum Attentat zu greifen, Eidbrüchige, Mörder, Hochverräter gewesen seien, oder ob man sie als Helden und Freiheitskämpfer zu preisen habe - sie alle: Stauffenberg, Beck, Goerdeler, Leuschner, Haubach, Leber und die vielen anderen, die zu ihnen gehörten. An diesem 15. Jahrestag wird manchen diese Frage besonders beschäftigen.

Doch diese Fragestellung ist unsinnig. Was die Männer des Widerstandes taten, war Notwehr, war Erfüllung einer sittlichen Pflicht sich selbst und dem Volk gegenüber, das keinen anderen Helfer finden konnte als gerade sie. Sie waren keine Mörder und nicht Komplizen von Mördern, sie waren weder Hoch- noch Landesverräter - sie waren Soldaten, die einen guten Kampf gekämpft haben, sie waren Kreuzritter in einem heiligen Krieg, sie haben gehandelt wie St. Georg, der auszog, den Drachen zu töten. Sie waren Patrioten, die es unternahmen, dem Verrat, der zwölf Jahre lang an Deutschland begangen worden war, ein Ende zu bereiten.

Die Männer und Frauen des Widerstandes mögen den verschiedensten politischen Richtungen angehangen haben. Das Bild, das sich der einzelne von der Gestaltung der Zukunft des deutschen Volkes machte, mag von dem jedes anderen seiner bekannten und unbekanntesten Gefährten verschieden gewesen sein. Aber ein Band hielt sie alle in einer unsichtbaren Gemeinschaft über Zeit und Raum hinweg verbunden: der Wille, das Leben dafür einzusetzen, daß vom deutschen Volke die Schande genommen werde, in die es die Gewalt-herrschaft des Unmenschen so lange gestürzt hatte. Es ging ihnen dabei nicht um die Stillung noch so edler Bedürfnisse ihres Gemütes. Es ging ihnen nur um eines: der Freiheit und der Menschlichkeit eine Gasse zu bahnen, damit die Menschen unseres Landes endlich wieder menschlich leben können - ja, damit der deutsche Name endlich aufhöre, für die Völker der Erde das Wort für "Henker" zu sein.

Diese Frauen und Männer haben nicht in erster Linie gehandelt, um "Politik zu machen". Es ist ihnen nicht darum gegangen, die Sieger sanfter zu stimmen, wenngleich sie davon überzeugt gewesen sein mochten, daß die Beseitigung des Tyrannen das Ende der Schrecken des Krieges beschleunigen und die Abschirmung deutschen Landes ermöglichen werde, aber der Beweggrund für ihr Tun war solche Hoffnung nicht. Sie waren zu ihrer Tat entschlossen, auch wenn dadurch politisch und militärisch dem deutschen Volk kein Vorteil erwachsen sollte. Ja, die Entschlossensten unter ihnen waren bereit, die militärische Niederlage in Kauf zu nehmen, wenn nur da-

durch die Welt von der Herrschaft des Unmenschen und das deutsche Volk von der Schande, ihm zum Werkzeug dienen zu müssen, befreit würde - der Sieg des Rechts erschien ihnen heiliger; im Moralischen siegreich zu sein, erschien ihnen ruhmvoller als Heimkehr im Triumph der Waffen unter besudelten Fahnen.

Dieser Gedanke stellt uns vor das Herzstück des moralischen Konflikts, dem sich die Verschwörer gestellt haben; wie haben wir uns zu entscheiden, wenn ein Verhalten dazu führen kann, daß Deutschland den Krieg gewinnt, dafür aber die Herrschaft der Bestialität für Generationen bis in unsere Seelen hinein gefestigt wird - mit KZ, mit Folterkellern der Gestapo, mit der Vergasung weiterer Millionen, mit den Mordtaten neuer Einsatzkommandos - und wenn ein anderes Verhalten uns und die Welt von der Zwingherrschaft des Unmenschen befreien kann, das deutsche Volk dafür aber in Kauf nehmen muß, den Krieg zu verlieren mit allem, was der Verlust eines solchen Krieges bedeuten mußte?

Das Politische sei dem Moralischen fremd oder gar feind, hört man oft sagen. Dies ist ein törichtes Wort, und nirgends erweist sich seine Torheit deutlicher, als an dieser Stelle: war nicht die Tat jenes 20. Juli vor fünfzehn Jahren, waren nicht die Opfer, die Deutsche vor- und nachher brachten, die Ursache dafür, daß uns die Sieger dieses Krieges, von denen manche jahrelang unter einer Gewaltherrschaft zu leiden hatten, die im Namen des deutschen Volkes ausgeübt worden war, schließlich als mögliche Partner einer besseren Welt von morgen behandelten?

Auf dem Felde der Moral könnte die Ernte noch reicher werden, wenn wir den Acker weiter bestellen, den sie mit ihrem Geiste angesät und mit ihrem Blut gedüngt haben. Hätte es nicht das Heldentum der Frauen und Männer des Widerstandes gegeben - jener des 20. Juli und jener anderen, die das Geschehen dieses Tages nicht ausdrücklich umfaßt -, was gäbe unseren Volke das Recht, den Menschen anderer Völker gerade ins Auge zu blicken?

Gewiß, es gibt keine Kollektivschuld. Es gibt aber auch kein Recht, sich auf eine Kollektivschuld zu berufen. Und es gibt Verbrechen, die nie, und gerade von uns nie, vergessen werden dürfen, und mit deren Urhebern es keine Versöhnung geben kann. Mögen die ihnen vergeben, die sie getreten haben ...

Uns ziemt nach dem Wort unseres Bundespräsidenten "kollektive Scham". Diese Scham müßte uns ersticken; es müßte uns moralisch unmöglich sein, sie von uns wegzuwälzen, wenn nicht die Helden des Widerstandes es auf sich genommen hätten, zu kämpfen und zu leiden, damit auch in dieser unmenschlichen Zeit in unserem Lande eine Fahne der Menschlichkeit, der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Ehre im Sturmwind der Geschichte wehen könne.

Genf auf der Suche nach Kompromissen

Günter Markscheffel berichtet aus Genf

Es ist nicht ganz sicher, ob die westlichen Alliierten begeistert waren, als Bonn zu Beginn der zweiten Phase der Genfer Außenminister-Konferenz den Vorschlag machte, eine Viermächte-Kommission mit Beratern aus den beiden Teilen Deutschlands zu bilden und ihr den Auftrag zu erteilen, "Deutschland betreffende Fragen" zu erörtern. Jedenfalls hörte man am Mittwoch aus amerikanischen und englischen Delegationskreisen, daß man es lieber gesehen hätte, wenn Bonn diese Art von "Belebung der Konferenz" unterlassen haben würde.

Nach außen demonstriert man im westlichen Lager "Einigkeit und volle Übereinstimmung". Intern jedoch wird nicht verhehlt, daß man zunächst vorgezogen hatte, Gromykos Verzicht auf das Berlin-Ultimatum - auch über achtzehn Monate hinaus - so klar festzulegen, daß man mindestens eine protokollarische Bestätigung dafür hätte erhalten können. Ob die Russen jetzt noch bereit sind, dem Westen entsprechende Zusicherungen zu geben, ist noch nicht sicher.

Auf englischer Seite zeichnet sich das deutliche Bemühen ab, einzelne Punkte des russischen Vorschlages - gesamtdeutsches und paritätisch zusammengesetztes Gremium - und dessen Aufgabenstellung auf ähnlich lautende Anregungen von westlicher Seite zu synchronisieren.

Bei der britischen Delegation wird wie folgt argumentiert: Nachdem die DDR durch ihre Anwesenheit auf der Genfer Konferenz de facto anerkannt ist und West und Ost gleichermaßen bemüht sind, ein "irgendwie geartetes gesamtdeutsches Gremium" zustandezubringen, sollte es eigentlich möglich sein, zwischen den diesbezüglichen Vorschlägen einen Kompromiß zu finden. Außerdem wird besonders von englischer Seite mit Nachdruck darauf verwiesen, daß der Westen sein erstes und wichtigstes Konferenzziel bereits erreicht habe, nämlich das Berlin-Ultimatum der Russen vom 27. November 1958 zu beseitigen.

Auch in amerikanischen Delegationskreisen ist man geneigt, diese Interpretation des bisherigen Konferenzverlaufes gelten zu lassen. Diese Beurteilung der Situation und der Konferenzmöglichkeiten wird in Bonner Delegationskreisen kaum geteilt. Fast möchte man glauben, daß Bonn seinen westlichen Verbündeten "Mangel an Härte" vorzuwerfen beginnt. Außenminister von Brentanos Fernsehinterview vom Dienstagabend ließ jedenfalls an Härte nichts zu wünschen übrig und wird bei den westlichen Delegierten als der Versuch gewertet, den Westen auf eine Position festzulegen, von der aus weitere Schritte zur Entspannung der Situation schwierig sein dürften.

Bei den Russen wird bitter darüber geklagt, daß der Westen und vor allem die westdeutsche Presse nicht schon seit langem bemerkt haben, wie wenig Moskau heute noch an ultimativen Berlin-Forderungen sehe. "Wenn gesichert ist, daß von Berlin aus die Spionagetätigkeit nach dem Osten eingestellt wird, wenn die in West-Berlin stationierten Truppen nicht vergrößert werden und keine Atomwaffen erhalten und der Verkehr nach West-Berlin auch von Deutschen (gemeint sind DDR, Polizei oder Militär) kontrolliert werden kann, steht der Weg für Verhandlungen über die Lösung der gesamtdeutschen Frage offen", sagte ein Mitglied der russischen Delegation. Unter "Lösung gesamtdeutscher Fragen" verstehen die Russen immer noch den Austritt der beiden Teile Deutschlands aus den Militärallianzen (NATO und Warschauer Pakt), den Abzug der ausländischen Truppen aus beiden Teilen Deutschlands und schließlich den Abschluß eines Friedensvertrages, in dem sich Deutschland unter anderem verpflichtet, militärisch neutral zu bleiben.

Die Russen nennen das die "Österreichische Lösung" und deuten dabei an, daß über ganz Europa ein System von militärblockfreien Staaten geschaffen werden sollte, die sich zu einem "europäischen Sicherheitssystem" zusammenfinden.

Die Frage, ob dem Friedensvertrag die Bildung einer Konföderation von Bundesrepublik und DDR vorausgehen müsse, weichen die Russen mit der Bemerkung aus, daß diese Hypothese Gültigkeit habe, solange Bonn das NATO-Bündnis und dessen weiteren Ausbau für unbedingt erforderlich und unabänderlich halte. Aber - so sagen die Russen - das seien alles "Perspektiven für später"; erst müsse man zunächst eine Situation schaffen, die ein Gipfeltreffen ermögliche.

Interessanterweise wird bei den Amerikanern und Engländern das Wort "Gipfeltreffen" neuerdings auch groß geschrieben, größer jedenfalls, als in der ersten Phase der Genfer Konferenz.

Deshalb läßt sich im Augenblick - natürlich mit einiger Reserve - etwa folgender "Fahrplan" für die zweite Phase der Genfer Konferenz andeuten:

1. Ausarbeitung eines provisorischen Statuts für West-Berlin, wobei man die Frage offenläßt, für welchen Zeitraum ein solches Statut möglich sein könnte.
2. Ausarbeitung eines Kataloges von Kompetenzen für eine gesamtdeutsche Kommission.
3. Vorbereitung einer Tagesordnung für das Gipfeltreffen.

Zu Punkt 1. wird auf östlicher und westlicher Seite erklärt, man wolle nicht mehr vom "Ultimatum" reden und damit erreichen oder andeuten, daß die Gipfelkonferenz entweder das Provisorium bestätigen oder die Außenminister beauftragen könnte, ein neues, provisorisches oder endgültiges Statut auszuarbeiten.

6. Konferenz der Sozialistischen Internationale

Alsing Andersen, der Präsident der Sozialistischen Internationale, konnte in seiner Ansprache, mit der er den Hamburger Kongress eröffnete, feststellen, dass dieser Kongress im Namen 39 direkt angeschlossener Parteien und Gruppen spricht. Diese vertreten eine Gesamtmitgliedschaft von mehr als 10 Millionen organisierter demokratischer Sozialisten in allen Teilen der Welt. Hinter ihnen stehen über 63 Millionen Wähler, die in Ländern, wo freie Wahlen stattfinden, für eine Partei des demokratischen Sozialismus gestimmt haben.

Mit diesen Zahlen ist zugleich die Bedeutung des Hamburger Kongresses umrissen. Er repräsentiert, wie Oskar Pollak es formulierte, die "einzige grosse internationale Freiheitsbewegung in der Welt". Wenn der Kongress in Hamburg stattfindet, so ist das für die Geschichte des demokratischen Sozialismus nicht ohne Bedeutung. 36 Jahre zuvor, im Jahre 1923, wurde in dieser Stadt die sozialistische Arbeiter-Internationale gegründet und damit die während des ersten Weltkrieges eingetretene Spaltung in der internationalen Arbeiterbewegung überwunden. Schon damals begrüßte ein sozialdemokratischer Bürgermeister die Delegierten. In Hamburg hat die SPD eine feste und traditionsreiche Position.

Ein besonderes Kennzeichen der 6. Konferenz der sozialistischen Internationale ist die starke Beteiligung von Delegierten asiatischer Staaten. Hier zeichnet sich eine Entwicklung ab, die für die Zukunft von grosser Bedeutung sein wird. Bei allen Gesprächen über Entspannung in der Welt werden die Repräsentanten Asiens und Afrikas ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Präsident Alsing kündigte an, dass die Zusammenarbeit zwischen der sozialistischen Internationale und der sozialistischen Konferenz Asiens in Zukunft noch enger gestaltet werden wird.

Nachdem der Generalrat das bisherige Präsidium erneut in seinem Amt bestätigt hatte, mit Alsing als Präsidenten und Gaitskell, Ollenhauer und Mollet als Vizepräsidenten, begann am 14. die Arbeit des

Kongresses mit einem Referat Oskar Pollaks, Chefredakteur der "Arbeiterzeitung" in Wien über die internationale Stellung des Sozialismus.

Es gibt auf der ganzen Welt kein Gremium, in dem internationale Probleme in gleicher Weise diskutiert werden. Die gemeinsame Basis des demokratischen Sozialismus erlaubt eine freimütige und demokratische Aussprache. Pollak konnte daher auch einige aus ernster Sorge vorgetragene Kritik an die Adresse der französischen und italienischen Delegierten vorbringen, in deren Ländern die Parteien des demokratischen Sozialismus gespalten sind. Pollaks Anmerkungen fanden bei einer Reihe von Diskussionsrednern Unterstützung, auch wenn die französischen Delegierten, als deren Sprecher Jules Koch auftrat, glaubten, einiges zu ihrer Verteidigung sagen zu können.

Am Mittwoch trat der Kongress in die Beratung der internationalen Lage ein. Angesichts der gerade wieder aufgenommenen Genfer Verhandlungen sind diese Diskussionen von grosser Bedeutung für die internationale Politik. Sie wird unterstrichen werden durch die Resolutionen, die auf der Konferenz verabschiedet werden sollen. Der britische Oppositionsführer Gaitskell, der das erste Referat hielt, sprach mit ausserordentlichem Ernst. Er sparte nicht mit Kritik an den westlichen Vorschlägen in Genf, vor allem an der "Methode, mit "Paketen" zu operieren. In Übereinstimmung mit der Sozialdemokratischen Partei sprach er sich für Entspannung und Abrüstung aus. Er wiederholte den von der Labour-Party und dem Generalrat der britischen Gewerkschaften gemachten Vorschlag, ein Abkommen zwischen allen Mächten mit Ausnahme der beiden Atomgrossmächte zustande zu bringen, das sie verpflichtet, keine eigenen Kernwaffen herzustellen oder zu besitzen. Das ist zwar noch keine umfassende Abrüstung, aber ein erster Schritt, der nachhaltig zur Entspannung beitragen kann.

Das Referat Gaitskells und die weiteren Diskussionsbeiträge zur internationalen Lage wird die Delegierten bis Freitag beschäftigen. Es ist sicher, dass die Internationale eine gemeinsame Stellungnahme zu den Problemen der internationalen Politik erarbeiten wird.

Unser politisches Portrait:Carlo Schmid - Politiker mit universeller Bildung

Das deutsche Volk hat in seiner langen Geschichte nur wenige Politiker aufzuweisen, die über einen solchen brillierenden Geist verfügen wie der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Carlo Schmid. Als Sohn eines deutschen Gelehrten und einer Französin aus uraltem Kreuzrittergeschlecht hatte er das Glück, zweisprachig aufzuwachsen. In ihm vereinigten sich die Bildungseinflüsse der deutschen Gelehrsamkeit seines Vaters und der temperamentvollen, faszinierenden Eleganz der romanischen Sprache seiner Mutter. Beide Kulturelemente verbanden sich in ihm zu einer Einheit und bilden den inneren Reichtum, der die Persönlichkeit Carlo Schmid prägt. Aus diesem geistigen Reservoir erwachsen die mannigfaltigen Leistungen dieses so vielseitig gebildeten Mannes. Sie zeugen von einer seltenen Weite des geistigen Raumes.

Er war noch ein junger Mann, da übertrug er die Gedichte des französischen Dichters Baudelaire in die deutsche Sprache. Aber er kehrte auch als junger Soldat aus dem Weltkrieg zurück und wurde Soldatenrat. An der Universität Tübingen gründete er die erste sozialistische Studentengruppe. Sein Studium galt der Rechtswissenschaft, in der er nach Promotion und Habilitation im Jahre 1929 Dozent für Völkerrecht an der Universität Tübingen wurde. Die Nazis schlossen ihn von Berufung und Beförderung aus. Erst als der Krieg die Menschen verschlang und jede Kraft gebraucht wurde, zog man ihn nach Paris in die Militärverwaltung ein, wo er vieles tun konnte, um das bittere Los der französischen Bevölkerung zu mildern.

Nach dem Kriege stellte sich Carlo Schmid voll und ganz in den Dienst des politischen und kulturellen Wiederaufbaus des deutschen Staates. Ausser einer Professur für Staats- und Völkerrecht in Tübingen wurde er Landesdirektor für Erziehung, Kunst und Kultur in Stuttgart, später Präsident des Staatssekretariates für die französisch besetzte Zone von Württemberg und Hohenzollern. Schon im Frühjahr 1946 wurde er zum Vorsitzenden der SPD Südwürttembergs und in den Parteivorstand der SPD gewählt. Nach den Wahlen im Mai 1957 übernahm er das Justizministerium für Württemberg-Hohenzollern. Als die Gründung der Bundesrepublik vorbereitet wurde, war es Carlo Schmid, der von der SPD in den Parlamentarischen Rat entsandt wurde. Neben dem jetzigen Bundespräsidenten Hauss war er massgeblich an der Abfassung des Grundgesetzes beteiligt.

Seine Grösse wird nur unterstrichen, wenn viele Beurteiler ihn als den bedeutendsten Bundestagsredner bezeichnen, als den "Demosthenes unserer Tage". In der Tat, Carlo Schmid ist Politiker mit dem Format eines Staatsmannes. Seine vielschichtige Persönlichkeit ist Gewähr dafür, dass die Politik der Sozialdemokratischen Partei in ihrem unermüdlichen Ringen um Wahrung der Demokratie und Wiedergewinnung der Einheit Deutschlands in einem sozialen und demokratischen Staat erfolgreich fortschreitet.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel